

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1946**

26 (24.10.1946)

# Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr 26

Mannheim den 24. Oktober 1946

Preis 10 Pfg.

## Verfassung und Demokratie

Wir stehen am Anfang einer Entwicklung. Aus dem Zusammenbruch soll sich ein neues Deutschland erheben. Dieses Deutschland der Demokratie, der Freiheit und des Fortschritts wollen wir Kommunisten mit aufbauen. Allerdings nur dieses Deutschland! Nicht ein Deutschland der Reaktion, der Unterdrückung und Ausbeutung und des Geistes von gestern und vorgestern.

Ein Neubau kann nur begonnen werden nach Aufräumung des Trümmerfeldes, nach Beseitigung des Schuttes und des Unrats. Ist diese Voraussetzung erfüllt? Nein! In Verwaltung und Wirtschaft, bei Behörden und halbamtlichen Organen sind die Mitschuldigen an unserem Unglück, die Nutznießer der Katastrophe und die Feinde jeder fortschrittlichen Entwicklung noch immer tonangebend. Ja, sie sind heute wieder anmaßender denn je. Wir stehen vor der Tatsache der völligen Desorganisation, als Ergebnis von Unfähigkeit, Engstirnigkeit und direktem Willen zur Sabotage. Die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern ist dem anarchischen Zufall überlassen. Die Ernährung ist durch das Fehlen jeglicher Planung hinsichtlich Anbau, Ablieferung und Kontrolle trotz Hilfe der Militärregierung unter dem Existenzminimum. Kein Heizmaterial, keine Kleidung, keine Wohnung für Millionen Deutsche. Danebenher geht ein ständiges Ansteigen der Preise bei gleichzeitiger Niederhaltung der Löhne, trotz Preiskontrolle und Preisstop, eine mehr und mehr um sich greifende sittliche Verwahrlosung, eine niedriggewesene Ausbreitung der Kriminalität und ein beängstigendes Ansteigen von Typhus, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten als Folgen der von Tag zu Tag steigenden Verelendung unseres Volkes.

Dies ist der Hintergrund der Bühne, auf der sich der Akt der Verfassungsgebung vollzieht. Kann da von realen Voraussetzungen gesprochen werden? Liegt hier nicht sehr nahe der Verdacht einer glatten Verhöhnung der Menschenrechte? Wir Kommunisten sehen in einer Verfassung den politischen Niederschlag bestehender Verhältnisse einer ökonomischen Ordnung, deren Inhalt durch die in ihr wirkenden Kräfte — Klassenkräfte — bestimmt wird. Können wir zur Zeit von irgend einer Ordnung überhaupt reden? Zweifelloser nein, es sei denn, wir bezeichnen das bestehende Durcheinander als Ordnung.

Das deutsche Volk ist noch lange nicht frei vom Geist des Nazismus. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter ist zum Teil verschüttet. Die politische Teilnahmslosigkeit weiter Volkskreise ist erschreckend. Dem steht gegenüber die Wiederaufrichtung der Reaktion in Deutschland, die täglich größer werdende Gefahr der Zerreißung Deutschlands, neuerdings verschärft durch die Zweizonenverschmelzung

und die im Gefolge geschaffenen Kommandostellen des deutschen Kapitalismus, wie sie der in Minden sitzende Zweizonen-Wirtschaftsrat in Wirklichkeit darstellt. In ihm ist die aus dem Osten geflohene hohe Verwaltungsbürokratie, die eigentlich in politischen Internierungslagern sitzen sollte, würdig vertreten.

Daneben bemühen sich Alt- und Neudemokraten, Deutschlands Einheit durch eine separatistische oder föderalistische Gliederung zu hintertreiben. Ihre demagogischen Losungen lauten: „Los von Preußen, Selbständigkeit der Länder“ oder „Der Zentralismus bringt die Gefahr einer neuen Diktatur“. Mittels des Föderalismus, der eine demokratische Lösung vortäuschen soll, wollen sie in Wirklichkeit ihre kapitalistischen Sonderinteressen — ihre kapitalistische Herrschaft — erhalten und schon jetzt die Voraussetzung für die Sicherstellung künftiger Profite schaffen gegen den Willen und auf Kosten des deutschen Volkes.

Von diesen Gegebenheiten ausgehend, bejahen wir Kommunisten die Notwendigkeit

**Vereinte Schlagkraft wird stets  
gehemmt,  
Wenn sich die  
Reaktion  
dagegen-  
stemmt!**



digkeit der Schaffung eines Rahmengesetzes oder einer Länderordnung — im Hinblick auf die kommende Reichsverfassung — als juristische Grundlage für die von uns als vordringlich erkannten Aufgaben der sofortigen Inangriffnahme einer umfassenden Planung auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaft von allen Naziaktivisten, Kriegsverbrechern und Reaktionsären aller Schattierungen. Das sind die wahren und realen Grundlagen, auf denen eine demokratische Ordnung errichtet werden kann. Sichtbare Zeugen dieser demokratischen Entwicklung haben zu sein: Enteignung der Kriegsverbrecher, Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Monopolbetriebe und eine wirkliche Bodenreform.

Nennen wir also die Dinge beim Namen: Es kommt nicht auf die mehr oder weniger glückliche Formulierung von Menschenrechten oder Rechten der Staatsbürger an,

als vielmehr darauf, diesen Menschen, diesen „Staatsbürgern“ erst einmal ein wirklich menschenwürdiges Dasein zu garantieren.

Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat daher anlässlich der Zustimmung zur Verfassung eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie dem Buchstaben der Verfassung mit wachsamem Mißtrauen gegenübersteht, und daß sie ihre Aufgabe darin sieht, die wenigen in der Verfassung verankerten Rechte des Volkes nicht nur auf dem Papier, sondern im Kampf ums tägliche Brot wirksam werden zu lassen. Ihr Ja zur Verfassung ist das Ja zur Einheit Deutschlands, zur Demokratie, zu den Grundrechten des Volkes und zur Bereitschaft an der Neuordnung verantwortlich mitzuarbeiten. Sie stellt aber gleichzeitig fest, daß wesentliche Punkte der Verfassung gegen ihren Willen zustandekamen, und daß die Verfassung in Händen rückständiger und volksfeindlicher Kräfte zum Hemmschuh einer freiheitlichen und fortschrittlichen Entwicklung werden kann.

Vier grundsätzliche Forderungen, deren Erfüllung die Voraussetzung zu unserer Zustimmung darstellten, wurden verwirklicht:

1. Die Einheit Deutschlands ist garantiert.
2. Der Staatspräsident ist abgelehnt.
3. Die zweite Kammer (Senat) ist in der Verfassung nicht enthalten.
4. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben ist gesichert.

Daher geht es uns Kommunisten nicht so sehr um Ablehnung oder Annahme der Verfassung, als vielmehr darum, dem Volke klarzumachen, welche Möglichkeiten ihm zum Leben gegeben und wie diese zu verwirklichen sind. Wir wissen, daß der Kampf der kommenden Monate und Jahre darum gehen wird, wer die Lasten des verlorenen Krieges zu tragen hat. Wir wissen ebenso, daß die Reaktion alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um diese Lasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Hier muß das gesamte schaffende Volk in Stadt und Land sich unter Führung der Arbeiterklasse zur Wehr setzen. Die Arbeiterklasse aber muß endlich die Lehren der Geschichte beherzigen, muß endlich erkennen, daß ihre Spaltung die Stärkung ihrer Feinde bedeutet. Nur ihr gemeinsames Handeln im Landtag, im Kreisrat und Gemeindeparlament, in Ausschüssen, Kammern und Körperschaften läßt die volle Wucht ihres Gewichtes zur Geltung kommen, verbürgt allein die Kraft, die notwendig ist, diesen Kampf siegreich zu bestehen.

Die deutsche Demokratie wird durch die Arbeiterklasse sein oder sie wird nicht sein.

W. Boepple,  
Landtagskandidat der KPD.

### Kampf den Kriegsverbrechern! Kampf der Reaktion!

durten, um die durch den jetzigen Zusammenbruch  
ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die  
Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rück-  
gang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein  
Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs  
normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben  
geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr  
1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen  
und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pleck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den  
Kampf gegen den Militarismus, in der er den  
Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der  
Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel  
„Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische  
Landesbibliothek

## Die Reaktion geht zum offenen Terror über!

Der Kriegsverbrecher Schacht, von der Spruchkammer Stuttgart festgenommen, um sich wegen seiner Verbrechen am deutschen Volk zu verantworten, hat die Frechheit besessen, diesen Verhaftungsbefehl als ungesetzlich zu bezeichnen und bei der amerikanischen Militärregierung Beschwerde einzulegen.

Durch die Nürnberger Freisprüche ermutigt, erhebt jetzt die Reaktion allerorts ihr Haupt und glaubt ihre Zeit gekommen. Unterirdische Nazigruppen gehen bereits offen zu terroristischer Tätigkeit über. Am 19. Oktober haben Nazibanden im Zusammenhang mit der Verhaftung Schachts Sprengstoffattentate auf das Gefängnis Stuttgart verübt. Es entstanden schwere Sachschäden.

Die Arbeiterschaft aller Stuttgarter Betriebe führte einen Proteststreik von einer Viertelstunde durch. Auch die Straßenbahn stellte den Fahrverkehr ein.

Allerorts protestiert die Arbeiterschaft gegen das verbrecherische Treiben der reaktionären Kräfte, die hinter diesen Bombenanschlägen stehen. Auch die Belegschaft der Mannheimer Betriebe gab ihrer Empörung in einer Reihe von Resolutionen Ausdruck, von denen wir nächstehend einige abdrucken:

### Resolution!

Voller Empörung vernahmen die Vertrauensleute der Firma Daimler-Benz die Nachricht von den Bombenanschlägen auf die Gebäude der Spruchkammer und des Gefängnisses in Stuttgart, die deutlich den Stempel der Provokation tragen. Dadurch soll die Arbeiterschaft eingeschüchert und der Unwille des Volkes über die Hinterlassenschaft des Dritten Reiches abgelenkt werden. Die Vertrauensleute der Belegschaft der Firma Daimler-Benz sind sich darüber klar, daß die Reaktion versucht, mit den Mitteln des faschistischen Terrors eine Wiederholung der politischen Entwicklung, ähnlich wie in den Jahren nach 1918, herbeizuführen. Die Ermordung von Liebknecht, Luxemburg, Erzberger waren der Anfang eines Weges, der zu KZ und Hitler-Krieg führte. Heute sind es Bomben auf die Spruchkammern und Fensterscheiben des KPD-Büros in Mannheim, morgen schon können es Mörderkugeln sein, die Arbeiter und ihre Funktionäre treffen.

Die Vertrauensleute der Firma Daimler-Benz protestieren gegen die Verschwörerpolitik der Reaktion, die durch die Freisprüche in Nürnberg ermuntert und moralisch gestärkt wurde. Sie fordert von der Regierung strengste Untersuchung der hier sichtbaren, organisierten faschistischen Umtriebe und schärfste Bestrafung der Schuldigen. Um ähnlichen Anschlägen vorzubeugen, fordern wir, daß alle Naziaktivisten, (Angehörige der Gruppe 1, 2 und 3) sofort in Arbeitslager übergeführt werden. Außerdem fordern wir eine scharfe Nachprüfung der politischen Bereinigung aller Behörden, insbesondere der Polizei.

Der Obmann der Vertrauensleute:

Hurm,

Daimler-Benz AG, Mannheim-Waldhof.

Mit Verachtung und Empörung vernimmt die Belegschaft der Ersten Mannheimer Dampfmühle von Ed. Kauffmann Söhne GmbH. in Mannheim die Nachricht von dem Bombenattentat in Stuttgart, und nimmt in einer Betriebspause hierzu Stellung.

Sie sieht hierin die heimtückischen, verbrecherischen, unterirdischen nazistischen Methoden, sowie die brutale Terrorisierung

des politischen Lebens. Sie ist sich der Zeit seit 1918 noch bewußt und erinnert sich noch der Morde an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderer Persönlichkeiten, sowie der Überfälle auf die Arbeiterschaft, ebenso der Massenvernichtung in den Konzentrationslagern bis 1945. Der Reichstagsbrand dürfte ebenfalls in Erinnerung bleiben.

Das Attentat gegen das Spruchkammergebäude sowie gegen das Gefängnis in Stuttgart sind Zeichen der Provokation!

Die Belegschaft erblickt in solchen Anschlägen auf Gebäude sowie auch in dem Einwerfen von Fenstern der Räume der KPD in Mannheim eine Terrorisierung und Einschüchterung großer Teile der Bevölkerung!

Sie sieht hierin ebenfalls den Versuch einer Diskriminierung der Arbeiter-Parteien! Morgen schon können durch Mörderkugeln Arbeiter und ihre Vertreter fallen. Die Belegschaft der Kauffmannsmühle in Mannheim erhebt Protest gegen die Verschwörerpolitik der Reaktion, die durch die Freisprüche in Nürnberg ermuntert und moralisch gestärkt wurde.

Wir fordern von der Regierung strengste Untersuchung der offensichtlich organisierten faschistischen Verschwörungen, sowie schärfste Bestrafung der Schuldigen!

Betriebsrat der Firma

Erste Mannheimer Dampfmühle Ed. Kauffmann Söhne GmbH, Mannheim

Emil Knecht.

### Kann das demokratisch genannt werden?

Der Mannheimer „Morgen“, ein sogenanntes überparteiliches Blatt, das nach der von ihm bisher gezeigten „überparteilichen“ Praxis in einer Arbeiterstadt wie Mannheim ganz besonders fehl am Platze ist, gibt am laufenden Bande Proben dessen, was er unter der so gepriesenen „Ueberparteilichkeit“ versteht.

In Nr. 47 ist in der außerhalb der Verantwortung der Redaktion stehenden Rubrik „Stimme der Parteien“ die merkwürdige Behauptung zu lesen, daß bei den Wahlen in der britischen Zone die CDU als stärkste Partei hervorgegangen sei. Das kommt davon, wenn man sich einzig und allein auf die „objektive“ Information des „Morgen“ verläßt. Die Wahrheitsliebe des Artikelschreibers in allen Ehren, aber er liest anscheinend kein anderes Blatt als den „objektiven“ Morgen, welcher ihm „objektiv“ vorspiegelte daß die CDU als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen sei und es bisher nicht für nötig hielt, diese Falschmeldung, die möglicherweise auf Zwischenresultaten beruht, richtigzustellen.

Freilich erhebt sich die Frage, ob das betreffende Ereignis selbst, nämlich die Wahl in der Britischen Zone, als „Muster einer demokratischen Abstimmung“ bezeichnet werden kann. Das Wahlsystem, aus England importiert und absolut nicht für deutsche Verhältnisse passend, wurde in englischen Kreisen selbst als „etwas kompliziert“ bezeichnet und förderte die sonderbarsten Erfolge.

Eine Zwischenzählung der Wahlergebnisse zeigt bereits, daß die Zahl der abgegebenen Stimmen in gar keinem Verhältnis zu den errungenen Sitzen steht:

	Abgegebene Stimmen	Zugeweilte Sitze
CDU	9 844 168	3254
SPD	9 524 784	2327
KPD	2 084 129	126
FDP	1 456 047	232
NLP	1 420 127	634
Zentrum	1 123 761	208

Kann eine Wahlordnung wirklich demokratisch genannt werden, nach der eine Partei, wie die KPD bei fast doppelt soviel Stimmen wie die NLP, nur den fünften Teil an zugeweilten Sitzen erhält, oder bei der die CDU, die etwa fünf Mal mehr Stimmen als die KPD erhielt, 25 Mal soviel Sitze zugeweiht bekommt.

Fürwahr, eine wirklich „demokratische“ Wahlordnung, wenn man ausrechnet, wieviel Stimmen für einen Sitz benötigt wurden

### Stimmen für einen Sitz (abgerundet):

CDU	SPD	KPD	NLP	Zentrum
3000	4000	16 000	2000	5000

Die KPD braucht also, um einen Sitz zu erlangen, fünf Mal soviel Stimmen als beispielsweise die CDU, und acht Mal soviel Stimmen als die NLP, die nur halb soviel Wähler hat als die KPD.

Dahin führt es also, wenn man sich allzu sklavisch nach ausländischen Mustern richtet und sie kritiklos auf deutsche Verhältnisse übertragen will.

Dahin führten also die Worte, die Paul Löbe am 17. August auf dem Parteitag der SPD aussprach:

„Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß viele von uns sich die Politik der Labourparty zum Vorbild für unsere deutsche Arbeit nehmen.“

Die Demokratie in Deutschland, die Interessen des deutschen Volkes werden nicht durch Uebertragung fremder, aller Demokratie hohnsprechender Muster gewährleistet. Die Arbeiterschaft, die Sache des Volkes, haben eine Niederlage erlitten, dank eines undemokratischen Wahlsystems, das die bürgerlich-reaktionären Kräfte begünstigt.

Kann das demokratisch genannt werden?

### Enge Verbindung mit unserem Leserkreis

Eine Zeitung, die tapfer darangeht, öffentliche Mißstände zu rügen, bekommt von ihren Lesern nicht nur Redaktionsbesuche, sondern auch auf schriftlichem Wege Zustimmung oder Ablehnung. Eine persönliche Rücksprache ist bei wichtigen Anlässen am gegebenensten. Bei dieser Gelegenheit würden wir dann auch gern einmal diejenigen Leser kennenlernen, die ihre Meinung anonym äußern. Anonym heißt in wörtlicher Übersetzung „namenlos“. Das sind also diejenigen Leser und Kritiker, die nicht mit ihrem Namen und ihrer vollständigen Anschrift zu dem stehen, was sie uns über andere Menschen oder gegen unsere Veröffentlichungen zu sagen haben. Wenn man uns aber nicht mit seinem Namen für seine Aussagen stehen kann, dann ist die Sache faul. Dann ist es besser, solche Aussagen überhaupt zu unterlassen. Denn es gehört zu der selbstverständlichen Gepflogenheit der „Badischen Volksstimme“, daß sie anonym berichteten Dingen nicht nachgeht, noch sie irgendwie veröffentlicht.

Die „Badische Volksstimme“ ist aber durchaus mit einer sachlichen Kritik der Leser einverstanden. Denn sie ist eine Zeitung des schaffenden Volkes, an die der Leser einen strengen Maßstab legen darf. Die Kritik der Leser soll sich aber von jeder Anonymität, Unsachlichkeit und Gehässigkeit fernhalten. Bei den heutigen schweren Problemen ist eine Stellungnahme und das Abstellen von aufgezeigten Mißständen nicht sehr leicht. Da kann eine Zusammenarbeit zwischen Zeitung und ehrlich sachverständigen Lesern nur beiderseitig befruchtend wirken. Wir bevorzugen offene Aussprachen — seien sie schriftlich oder mündlich —, denn nur sie offenbaren den Sinn einer wahren demokratischen Zusammenarbeit, die doch nur dem Wiederaufbau dient.

## Die Wahlen in Berlin

In der Stellungnahme der Berliner SED heißt es unter anderem: „Die Wahlen sind kein Ausdruck für die endgültige Tendenz unseres Volkes, aber sie zeigen klar, daß die Bevölkerung der Hauptstadt Deutschlands nach dem neuen Weg sucht.“ Unter Anerkennung des Sieges der SPD verweist die Erklärung auf die dadurch erreichte Mehrheit der Arbeiterparteien.

Leider wurden beträchtliche Wählermassen auf Grund der von allen Seiten gegen die SED geführten Kampagne in ihrem durch die nazistische Propaganda der vergangenen Jahre eingeweichten Mißtrauen bestärkt und so von den Arbeiterparteien ferngehalten.

Dennoch verfügen nunmehr die beiden Arbeiterparteien in Berlin über die absolute Mehrheit. Es sind somit die parlamentarischen Voraussetzungen gegeben, für eine Kommunalpolitik, die den Interessen des schaffenden Volkes entspricht. Die Berliner SPD wird beweisen müssen, ob sie bereit ist, die sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Konsequenzen zu ziehen und den ihr zugefallenen Teil der Verantwortung zu übernehmen.

## Kriegsgefangene aus Rußland schreiben:

Frau Anna Ermel bei Klug, Mannheim, Kleine Riedstraße 5.

Den 1. Sept. 1946.

Meine liebe Frau!

Die herzlichsten Grüße aus Rußland sendet Dir und allen Bekannten Karl, daß es mir gut geht und daß ich gesund bin, habe ich Dir schon so oft geschrieben. Da ich aber weiß, „daß Du und ihr alle in der Heimat im Unklaren seid, wie das Leben eines Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union sich gestaltet, will ich einiges davon schreiben. Ich lebe mit vielen Kameraden in einem Lager, das als Schmuckkästchen inmitten des Werkgeländes anzusprechen ist. Wir haben jeder sein eigenes eisernes Bett, Dampfheizung, fließendes Wasser warm und kalt. Wir haben ein Brausebad, das jeder täglich benutzen kann. Es braucht keiner unrasiert herumzulaufen, denn drei Friseure arbeiten ständig. Jeder Mann ist möglichst in seinem Beruf untergebracht. Ich selbst arbeite täglich, außer Sonntags, 8 Stunden auf meinem Berufe. Die russischen Arbeiter und Meister sind mit mir und meiner Arbeit zufrieden. Ich habe meine Freude nicht nur an diesem Bewußtsein, sondern auch an den 150 Rubeln, die ich monatlich für meine Arbeit bekomme. Mit dem Geld kann ich kaufen was ich will, Tabak oder Butter, Tomaten oder Zucker, es ist alles da. Abends um 5 Uhr ist Feierabend. Auch am Feierabend sind wir nicht der Langeweile ausgesetzt. Schachturniere, Lesestunden, Konzert- und Kinoabende wechseln miteinander ab. Jeden Sonntag spielt unsere Lagerkapelle und wie die

## Sprechstunde der Kommunistischen Stadträte in Mannheim

Bis zu den Wahlen am 24. November 1946 fallen die Sprechstunden der Kommunistischen Stadtratsfraktion aus. Die Wiederaufnahme derselben wird in der „Badischen Volksstimme“ bekanntgegeben.

Bestellungen auf die  
**Badische Volksstimme**  
nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Briefträger und Landpostboten entgegen. - Monatsabonnement: 0.50 RM zuzügl. Zustellgebühr.

spielt, das solltest Du mal hören, davon habe ich Dir übrigens schon einmal geschrieben. Liebe Frau, wenn Du dies liest, denkst Du sicher, die haben es ja besser als wir, ja, wir haben es gut, von russischer Seite aus wird gesorgt in jeder Beziehung, aber doch ist das Heimweh immer da. Bei mir ist dies heute noch besonders schwer, weil ich halt immer noch einer von den wenigen bin, die noch keine Post von der Heimat haben. Ich hoffe halt von einem Tag zum andern, daß doch einmal auch für mich etwas dabei ist. Im übrigen glaube ich bestimmt, daß auch die Zeit unseres Wiedersehens nicht mehr allzufern ist.

Sei noch einmal herzlichst begrüßt von Deinem Mann Karl, viele Grüße an unsere Eltern.

Ermel, Karl Franz,  
SSSR Moskau, Rotes Kreuz, Postfach 234.

## Berlin bekommt Kohlen

Während die Brennstoffversorgung bei uns noch völlig ungeklärt ist, meldet uns die „Neue Zeit“, das Berliner Zentralorgan der CDU, daß an alle Personen, die im sowjetischen Sektor von Berlin wohnen oder arbeiten, zwei Zentner Kohlen ausgegeben werden. Diese außerplanmäßige Versorgung wird unabhängig von einer späteren Ausgabe von Heizmaterial vorgenommen.

Diese Kohlenmengen stehen aber nicht nur auf dem Papier, sondern sind größtenteils schon ausgeliefert, zum Beispiel in Prenzlauer Berg zu 94 Prozent, in Treptow zu 87 Prozent, in Lichtenberg zu 95 Prozent und in Weißensee sogar zu 98 Prozent.

Außerdem erhält jedes Kind unter drei Jahren eine Holzuteilung von 0,5 Kubikmeter, die auch schon zur Hälfte verausgabt wurde.

## KPD Landesbezirksleitung Baden zu den Stuttgarter Bombenwürfen

Die Landesbezirksleitung Baden der Kommunistischen Partei Deutschlands erhebt angesichts der faschistischen Provokation in Stuttgart warnend ihre Stimme und weist auf die vermutlichen Zusammenhänge zwischen der Wiederverhaftung Schachts und den Stuttgarter Bombenwürfen hin.

Faschistische Elemente greifen zu den Mitteln des Terrors. Ermutigt durch die Nürnberger Freisprüche, glauben sie mit Verbrechermethoden den demokratisch gesinnten Teilen unseres Volkes ihren Willen aufzwingen zu können. Zweifelloso handelt es sich um eine organisierte Aktion, die als Auftakt einer Welle von Terrorakten zu werten ist.

Die Landesbezirksleitung nimmt mit Genugtuung Kenntnis von dem Proteststreik der Stuttgarter und den Protestresolutionen der Mannheimer Arbeiterschaft. Sie fordert strenge Untersuchung und schärfste Bestrafung der Schuldigen. Sie appelliert gleichzeitig an die gesamte Arbeiterschaft, die Gefahren nicht zu unterschätzen und den ersten Terrorversuchen der faschistischen Reaktion ihre geeinte Kraft entgegenzusetzen, um jene Entwicklung nicht noch einmal zu wiederholen, die vom Luxemburg-Liebkecht-Mord bis zum Massenmord des zweiten Weltkrieges führte.

## Denazifizierungsprogramme

Wie in anderen Städten muß auch für Mannheim gefordert werden, daß für jeden Monat ein Verzeichnis der Personen, deren Verfahren voraussichtlich zur Verhandlung kommt, veröffentlicht wird. In diesem Verzeichnis sind auch die Fälle aufzuführen, die auf schriftlichem Wege im Eilverfahren erledigt werden.

## Wo bleibt die Winterkohle?

Wiederholt sind der Bevölkerung Versprechungen gemacht worden, daß sie im Winter ausreichend Kohle erhalten werde. Diese Versprechungen basieren auf der Hoffnung und der Voraussetzung, daß die Bergarbeiter an der Ruhr zusätzliche Sonntagsschichten fahren.

Während durch Radio und Presse verbreitet wird, daß die Ruhrkumpels zu Sonntagsschichten bereit seien, um der notleidenden Bevölkerung zu helfen, zeigen Erklärungen der maßgeblichen Gewerkschaftsfunktionäre der Ruhr, daß bis jetzt noch keine Aussicht besteht, auf diesem Wege ausreichenden Winterbrand für die Bevölkerung zu beschaffen.

Die Ruhrkumpels sind zwar bereit, einen Sonntag im Monat während des ganzen Winters zusätzlich zu arbeiten, um die Versorgung der frierenden Bevölkerung mit Hausbrandkohle zu sichern. Aber die Lebenslage der Ruhrkumpel ist ebenso wie die der gesamten Bevölkerung so katastrophal, daß ihnen einfach die Kräfte fehlen, um die Kohlenförderung durch Verfahren einer Sonntagsschicht zu steigern. Die Bergarbeiter lehnen die Sonntagsschicht ab, solange nicht ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Die Bergarbeiter fordern erstens die Kontrolle über die Auslieferung der Kohlen für den Hausbrand, denn sie wollen keine Kohlen für den schwarzen Markt fördern.

Die Bergarbeiter fordern zweitens eine Sicherstellung ihrer Ernährung, insbesondere 5 Ztr. Winterkartoffeln für jeden Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter fordern drittens die Regelung der Lohnfrage, d. h. eine 30prozentige Lohnerhöhung, über die seit drei Monaten ergebnislos verhandelt wird.

Zum ersten Male seit 1933 haben die Ruhrarbeiter in einer, das gesamte Ruhrgebiet umfassenden Aktion bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, tatenlos untragbare Belastungen auf sich zu nehmen. Sie wissen, daß die Verwirklichung ihrer gerechten Forderung nur möglich ist, wenn sie eine feste Haltung den Unternehmern des Ruhrgebietes gegenüber einnehmen.

Trotz aller Falschmeldungen sind die Ruhrbergarbeiter nicht eingefahren. Auf allen Schachtanlagen sind sie der Aufforderung, zur Sonntagsarbeit zu erscheinen, nicht gefolgt. Die Gewerkschaften haben nicht ihre Zustimmung erteilt, und in allen Belegschaftsversammlungen wurde die Zumutung zusätzlicher Arbeit in erregten Debatten abgelehnt, bis die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt sind.

In der Ostzone konnten die Bergarbeiter alle Anforderungen, die an sie gestellt wurden, erfüllen und übererfüllen, weil ihre Lebenshaltung gesichert ist. Die Kumpels weisen darauf hin, daß die Lohnerhöhung in der Ostzone möglich war, während sich im Ruhrgebiet die berüchtigte Gruppe Nordwest der Ruhrkapitalisten gegen die Arbeiter eingeschaltet hat.

Sehr richtig erklärte der Betriebsobmann der Zeche Rheinbaben-Böttrop: „Die Kumpels lehnen das Verfahren von Sonntagsschichten ab. Wenn wir Kohle schippen, dann werden doch nur Leute versorgt, die wir nicht versorgen möchten. Schieber und Schwarzhändler können erfrieren, da die Behörden doch nicht mit ihnen fertig werden.“

Der Bergarbeiterverband erklärt gegenüber den durch Pressedienste, Rundfunk und Presse verbreiteten Meldungen:

„Die Form der Darstellung in Presse und Rundfunk ist nicht richtig. Wir können das Verfahren von Oberschichten nur empfehlen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Diese sind:

1. Kontrolle des Absatzes der Kohle,
2. Besserung der Ernährung, daß wenigstens der Ernährungswert von 4000 Kalorien erreicht wird,
3. Regelung der Löhne im Bergbau.“

Das gemeinsame Auftreten der Ruhrkumpel und der übrigen werktätigen Bevölkerung wird und muß dazu führen, daß sowohl die gerechten Forderungen der Bergarbeiter als auch die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle durchgesetzt werden.

Was aber gedenken die zuständigen Stellen zu tun, um Winterbrand für die frierende Bevölkerung zu beschaffen?

durten, um die durch den jetzigen Arbeitsausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg



### Mannheim

## Bürokratismus in Reinkultur

Es ist beschämend, wenn wir immer und immer wieder aus der Fülle des uns zugehenden Materials Sachen herausgreifen müssen, die nach sorgfältiger Prüfung stets den Beweis liefern, daß unsere ständige Forderung nach volksnahen Verwaltungsbehörden nicht verstanden wird oder verstanden werden will, und daß gerade unsere örtliche Presse, der „Morgen“, bisher sich gegenüber den Mißständen, ob mit oder ohne Absicht, vollkommen passiv verhält.

Auch heute wieder liegt uns Material über das Hofgut Sandtorf und zwar des sogenannten „Bruch“ vor, das in seinen Schilderungen und Berichten ein solches Maß von Bürokratismus verrät, daß wir es der Öffentlichkeit anheimstellen, sich ein Urteil zu bilden.

#### Kurz der Vorgang:

Vor den Toren Mannheims liegt in der Nähe des Hofgutes Sandtorf der sogenannte Bruch, ein zirka 60 ha großes Gelände, das bei zu hohem Grundwasserstand nassen Boden hat, der, sofern er nicht durch Abpumpen entwässert wird, landwirtschaftlich nicht mehr ausgenützt werden kann. Dieses Abpumpen geschah früher, bei voller Produktion, durch die Zellstoff Waldhof. Da jedoch die Produktion der Zellstoff mangels Kohle ein Abpumpen nicht mehr zuläßt, bestand die Gefahr, daß die gesamten 60 ha versumpfen und dem Anbau verlorengehen. Die Gutsverwaltung versuchte nun alles mögliche, um dieses Gelände für den Anbau von Gemüse trocken-zulegen.

Und nun begann der Amtsschimmel zu traben.

Am 23. November 1945 fragt das Domänenamt Heidelberg bei der Zellstoff an, ob die Möglichkeit besteht, das Niederungsgebiet des Hofgutes Sandtorf abzusenken.

Am 11. Dezember 1945 Antwort der Zellstoff, daß infolge Kohlenmangel dies nicht ginge.

Hierauf Verhandlungen der Gutsverwaltung mit der Stadt Mannheim. Resultat erfolglos!

Im März 1946 tritt die Gutsverwaltung erneut an die Zellstoff heran.

23. Mai 1946 Termin zwischen Zellstoff, der Gutsverwaltung und der Zuckerfabrik Waghäusel, die das Gut gepachtet hat.

**Erfolg:** Zellstoff Waldhof erklärt sich bereit, kostenlos die erforderlichen, elektrischen Pumpen zu stellen (ca. 8000 RM), während der Oberbürgermeister von Mannheim ersucht werden soll, sich für die Übernahme der Stromkosten einzusetzen.

9. Juli 1946 Schreiben an die Stadt Mannheim und

12. Juli 1946 Antwort, daß die Sache der Entscheidung des Herrn Oberbürgermeisters unterliegt, diese stände noch aus.

Dies war am 12. Juli 1946; noch heute, nach Verlauf von über einem Vierteljahr, am 24. Oktober, steht diese Entscheidung noch aus. Und was geschah in diesem Zeitraum? Das Gelände ist verschlammte, ver-

sumpft, überall von meterhohem Schilf und Unkraut überwuchert, die Herbsternste ging verloren, und für die nächste Frühjahrs-ernste ist es zu spät, wenn nicht sofort, und zwar unter Beiseitesetzung aller bürokratischen Bedenken gehandelt wird. Soll ein drittes Mal eine Ernte verlorengehen? Der Amtsschimmel tragt langsam, ein volles Jahr hat er gebraucht für die Strecke von Sandtorf bis zum Mannheimer Rathaus. Hoffentlich wird durch das sofortige Eingreifen dieser Amtsschimmel im Galopp dahin geschickt, wohin er gehört, nämlich in die Versenkung.

## Reaktionäres Gerichtsurteil in Mannheim

Auf allen Gebieten geht die Reaktion zum Angriff über. Wie wenig Erfolg bisher die sogenannte Entnazifizierung hatte, zeigt die Tatsache, daß Reaktionären und Nazis von Behörden aller Art jede nur erdenkliche Hilfestellung geleistet wird.

Ein ungeheuerliches und unverantwortliches Gerichtsurteil ist dieser Tage in Mannheim ergangen. Die antifaschistische Familie Eschelbach in der Gartenstadt, am Herrschaftswald 13, mußte auf Grund eines reaktionären Gerichtsbeschlusses die Wohnung räumen, in die sie vom Wohnungsamt eingewiesen war und zwar zu Gunsten des schwer belasteten SS-Mannes Schieß. Er war vor der einrückenden amerikanischen Besatzungsmacht geflohen und besaß, ermutigt durch deutsche Juristen und andere Stellen, die Unverfrorenheit, beim Amtsgericht Mannheim die Räumung seines Hauses zu beantragen.

Soweit ist es also bereits gekommen. Antifaschisten werden mit Hilfe des Gerichtsvollziehers und durch Urteile deutscher Gerichte rigoros aus Wohnungen entfernt, deren Inhaber aktive Faschisten waren. Dieses Schandurteil ist ein ernstes Warnungszeichen. Wenn nicht die Bevölkerung zusammensteht, wenn nicht die Wohnungsausschüsse auf dem ihnen durch das Wohnungsgesetz des Kontrollrates verliehenen Recht bestehen, dann werden ohne Zweifel alle ehemaligen Nazis versuchen, auf dem Wege über die Gerichte Boden zu gewinnen.

Wir kennen die Begründung dieses Gerichtsurteils nicht. Soviel halten wir aber für sicher, daß die Auslegung der Gesetze, die dem Urteil zu Grunde liegt, höchstens dem Buchstaben, ganz bestimmt aber nicht dem Sinn dieser Gesetzgebung entsprechen. Nur profaschistisch eingestellte Richter können den vorhandenen Gesetzen aus eigener Machtvollkommenheit eine willkürliche reaktionäre Auslegung geben.

Das reaktionäre Urteil des Mannheimer Amtsgerichts widerspricht dem Wohnungsgesetz des Kontrollrates. Es macht die Entscheidung der Wohnungsausschüsse zunichte und ist ein Schlag ins Gesicht der fortschrittlichen Kräfte.

Die Wohnungsausschüsse, die politischen Parteien, die Gewerkschaft, die gesamte fortschrittliche Bevölkerung verlangen, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Willkür reaktionärer Richter, daß klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden, die den Gesetzen der Demokratie entsprechen und der Bevölkerung wieder das Gefühl der Sicherheit geben.

Die Reaktion greift an! Die Kräfte des Fortschritts müssen sich zusammenschließen, um gemeinsam die wirkliche Demokratisierung unseres Lebens zu sichern.

### Pforzheim

Wie uns mitgeteilt wird, hat die kommunistische Rathausfraktion Pforzheim den Antrag gestellt, wirklich bedürftigen Familien bei der Kartoffeleinkellerung dadurch behilflich zu sein, daß entweder die ganze, dafür nötige Summe übernommen oder eine Beihilfe gewährt wird.

### Weinheim

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund stellt zur Entlohnung und Behandlung der Waldarbeiter, die unter äußerst erschwerten Umständen ihrem für unser Volk lebenswichtigen Beruf nachgehen u. a. folgende Forderungen:

1. 14 Tage bis dreiwöchiger Urlaub. Für Schwerbeschädigte und Schwerunfallverletzte einen Zusatzurlaub von 7 Tagen.
2. Stellung von wetterfestem Schuhwerk sowie warme Kleidung.

### Bretten

Es wird auf folgende eigenartige Vorkommnisse in Bretten hingewiesen. Im Krieg wurden dem politischen Leiter der KPD zwei LKW beschlagnahmt. In der letzten Zeit wurden in Bretten etwa zehn neue LKW zugelassen und zwar an politisch Belastete (Pg., SA, SS usw.). Dagegen wartet der politisch völlig unbelastete praktische Arzt Dr. Marquardt noch bis heute auf die Zulassung des für seine Tätigkeit dringend benötigten PKW, während der frühere Arzt der SA-Standarte Dr. Schmidt seinen Wagen schon lange wieder benutzen kann.

Wir fragen, ob dieses alles Zufall ist, ob ohne Überlegung gearbeitet wird — oder ob die Dienststellen doch noch nicht so entnazifiziert sind, wie wir das verlangen müssen.

### Eberbach

Unter Ausnützung der Abwesenheit des schwer erkrankten kommunistischen Gemeinderatsmitgliedes wurde der entlassene ehemalige nazistische Kirchenmusikdirektor Heidegger mit 5 gegen 4 Stimmen der SPD-Vertreter wieder eingestellt.

Die KPD- und SPD-Leitungen haben hierauf gemeinsam Protest erhoben.

### Spöck

Wie uns berichtet wird, sollen in Spöck die Wohnungen der Pgs von der Aufnahme von Flüchtlingen in weitgehendstem Maße verschont sein, während zum Beispiel im Pfarrhaus noch neun Zimmer vorhanden sind. Aus welchem Grunde? Ist hier vielleicht die Wohnungskommission unter Leitung des ehemaligen Ortsgruppenleiters der NSDAP schuld?

## Zur Beachtung!

Das Mitgliedsbuch Nr. 3042 auf den Namen **Hch. Willkomm**, Möhlstr. 16 lautend, ging verloren und hat keine Gültigkeit mehr.

Das Mitgliedsbuch Nr. 26 des Gen. **Peter Gehrig**, Leutershausen, Friedrichstr., ging durch Diebstahl verlustig. Dasselbe ist ab sofort gesperrt. Gültigkeit hat nur das ausgestellte Duplikat.

Das Mitgliedsbuch Nr. 3500 des Gen. **Helmut Kühner**, wohnhaft Schönau, Luftschifferstr. ging durch Diebstahl verloren. Dasselbe ist ab sofort gesperrt. Gültigkeit hat nur das ausgestellte Duplikat.

Das Mitgliedsbuch des Gen. **Heinz Nikola**, Ludwigshafen a. Rh., Limburgerstr. 3, Mitgliedsnummer P 05 826 ging verloren und ist ab sofort gesperrt.

**Kommunistische Partei Deutschlands**  
Landesbezirksleitung Baden.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 50 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.